

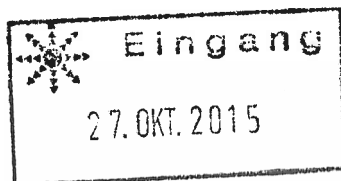
**Staatliches Amt
für Landwirtschaft und Umwelt
Westmecklenburg**



StALU Westmecklenburg
Bleicherufer 13, 19053 Schwerin

Mit Postzustellungsurkunde

MVV Windpark Plauerhagen GmbH & Co. KG
Luisenring 49
68159 Mannheim



Bearbeiter: Frau Becker
Telefon: 0385 59586-527
Telefax: 0385 59586-572
E-Mail: Marlen.Becker@
staluwm.mv-regierung.de

Aktenzeichen: StALU WM-51a-
5712.0.162-5663006

Schwerin, 22. Oktober 2015

**NACHTRÄGLICHE ANORDNUNG
nach § 17 BImSchG**

**I.
Entscheidung**

Auf der Grundlage des § 17 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) wird diese nachträgliche Anordnung zum Betrieb der Windenergieanlagen (WEA), der MVV Windpark Plauerhagen GmbH & Co. KG mit Standort

in:	19395 Barkhagen, OT Plauerhagen
Gemarkung:	Plauerhagen
Flur:	1 und 2
Flurstücke:	34, 42, 44 und 41/8, 43

getroffen.

1.

Der Genehmigungsbescheid des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur Schwerin Gez.: 18/09 vom 24. April 2009 für die Errichtung und den Betrieb von acht Windenergieanlagen

wird im Abschnitt II Nebenbestimmungen Ziffer 6 Naturschutz ergänzt:

„6.6

Die Einschaltpunkte der WEA 2 und WEA 8 werden mit einer Windgeschwindigkeit von 5 m/s für den Zeitraum 01. August bis 30. September eines jeweiligen Jahres festgelegt. Die zeitliche Dauer dieser Maßnahme gilt von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang. Diese Festlegung kann bei Niederschlagsmengen ab 2 mm/h ausgesetzt werden. Die Einhaltung dieser Festlegung ist jährlich in geeigneter Form nachzuweisen.“

Hausanschrift:
Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg
Bleicherufer 13
19053 Schwerin

Telefon: 0385 / 59 58 6 - 0
Telefax: 0385 / 59 58 6 - 570
E-Mail: poststelle@staluwm.mv-regierung.de



2.

Diese nachträgliche Änderung ist gebührenpflichtig. Die Kosten hat der Betreiber zu tragen. Die Gebühr für die Bearbeitung der nachträglichen Anordnung zum Betrieb der o.g. Anlagen wird auf **500,00 EUR**, in Worten fünfhundert Euro, festgesetzt.

Der Betrag ist unter Angabe des u.g. Kassenzzeichens bis zum **26. November 2015** auf folgende Bankverbindung zu überweisen:

Empfänger:	Landeszentralkasse M-V
Kontonummer.:	140 015 18
Bankleitzahl:	130 000 00
Bank:	Bundesbank Filiale Rostock
IBAN:	DE26 1300 0000 00140015 18
BIC:	MARKDEF1130
Kassenzzeichen:	6986150008132

Die Gebühr wird mit Bekanntgabe dieser Entscheidung fällig. Bei verspäteter Zahlung werden Säumniszuschläge gemäß § 18 VwKostG M-V erhoben.

II. Begründung

1. Antragsgegenstand

Für die Errichtung und den Betrieb von acht WEA am Standort 19395 Barkhagen, OT Plauerhagen wurde mit Genehmigung vom 24. April 2009 (Gez.: 18/09) die Durchführung eines Gondelmonitorings an den Anlagen WEA 2 und WEA 8 beauftragt (Nebenbestimmung 6.3).

2. Zuständigkeit

Meine Zuständigkeit für die Anordnung nach § 17 Abs. 1 ergibt sich aus § 3 Nr. 2c der ImmSchZustLVO M-V.

3. Entscheidung

Für die Bewertung des von den o. g. Anlagen ausgehenden Tötungsrisikos für Fledermäuse in den konfliktreichen Monaten August und September lagen, folgende Unterlagen vor:

- [1] Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse des bioakustischen Gondelmonitorings und der Schlagopfersuchen von Fledermäusen im Bereich von 2 Windenergieanlagen des Windparks „Plauerhagen“ sowie Vorschläge für fledermausfreundliche Betriebsalgorithmen - Versionsnummer 2.0 – erstellt durch natura – Büro für zoologische und botanische Fachgutachten, 15732 Schulzendorf, 25. Februar 2012
- [2] Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse des bioakustischen Gondelmonitorings und der Schlagopfersuchen von Fledermäusen im Bereich von 2 Windenergieanlagen des Windparks „Plauerhagen“ sowie Vorschläge für fledermausfreundliche Betriebsalgorithmen - Versionsnummer 3.0 – erstellt durch natura – Büro für zoologische und botanische Fachgutachten, 15732 Schulzendorf, 12. November 2012
- [3] Teilgutachten Nr. 1 – Bioakustisches Gondelmonitoring und der Schlagopfersuchen von Fledermäusen (Mammalia: Chiroptera) an 2 Windenergieanlagen des Windparks



Plauerhagen – erstellt durch natura – Büro für zoologische und botanische Fachgutachten, 15732 Schulzendorf, 25. Februar 2012

- [4] Teilbericht Nr. 2 – Schätzung der Zahl verunglückter Fledermäuse basierend auf den experimentell ermittelten Sucheffizienzen und Schwundraten sowie der Zahl gefundener Schlagopfer im Bereich von 2 Windenergieanlagen des Windparks „Plauerhagen“ (Bundesland Mecklenburg-Vorpommern) – erstellt durch oikostat GmbH, CH-6218 Ettiswil, 28. Juli 2011
- [5] Teilgutachten Nr. 3 – Auswertung der akustischen Daten zur Fledermausaktivität an zwei Windenergieanlagen im Windpark Plauerhagen – erstellt durch Dr. Oliver Behr, 90559 Burgthann, 03. August 2011

Die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Ludwigslust-Parchim hat den o. g. Abschaltzeiten mit Schreiben vom 25. September 2015 zugestimmt.

Aufgrund der Schlagopfersuche [3], [4] an den Anlagen WEA 2 und WEA 8 im Windpark Plauerhagen wurde insgesamt jeweils eine tote Fledermaus gefunden (innerhalb von 121 Tagen). Diese Verluste stellen keine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos für die betroffenen Arten dar. Der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) wäre hier laut Auskunft der Unteren Naturschutzbehörde noch nicht eingetreten.

Die auf der Grundlage des bioakustischen Gondelmonitorings summierten Schätzwerte für verunglückte Fledermäuse lagen laut Gutachten [2] und [5] im Mittel bei 3,2 (1,5-6,1) für die Anlage WEA 2 und 3,0 (1,5-5,8) für Anlage WEA 8 unter Berücksichtigung des Untersuchungszeitraumes 26.07.2010 bis 31.10.2010. Damit würden schätzungsweise im ungünstigsten Fall rund jeweils sechs Tiere an den WEA 2 und WEA 8 im Jahresverlauf getötet. Da nicht feststellbar ist, wie vital die Teilpopulation der beiden betroffenen Arten (*Nyctalus noctula* – Abendsegler und *Pipistrellus pipistrellus* – Zwergfledermaus) bei dem Windpark ist, muss hier die worst-case-Betrachtung zu dem Schluss führen, dass bei dieser Anzahl an Verlusten ein erhöhtes Tötungsrisiko durch den Betrieb der WEA 2 und WEA 8 verursacht wird und somit die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG eintreten.

Um den Betrieb der beiden WEA dennoch weiter führen zu können und die Tötung von Fledermäusen zu verhindern, muss die o. g. Festlegung zu den Abschaltzeiten erfolgen.

4. Gebührenfestsetzung

Die Entscheidung über die Nachträgliche Anordnungen nach § 17 Absatz 1 BImSchG ist gemäß § 2 VwKostG M-V i.V.m. der ImmSchKostVO M-V gebührenpflichtig.

Die Gebühr unter Abschnitt 1 Ziffer 2 wird nach den Gebührennummer 202.1 des 2. Teils des Gebührenverzeichnisses der ImmSchKostVO M-V i.V.m. §§ 9 und 10 VwKostG M-V wie folgt festgesetzt:

Gebührenrahmen gem. Nr. 202.1 für eine

155 – 6.200 EUR

Nachträgliche Anordnungen nach § 17 Absatz 1 bis 5 BImSchG

Festgesetzte Gebühr

500,00 EUR

Die Gebührenfestsetzung im unteren Bereich des Gebührenrahmens begründet sich mit einem als gering einzustufenden zeitlichen Verwaltungsaufwand.



III. Sonstige Regelungen

Diese Anordnung ist dem Genehmigungsbescheid Gez.: 18/09 vom 24. April 2009 beizufügen.

IV. Rechtsgrundlagen

4. BImSchV	Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen vom 02.05.2013 (BGBl. I S. 973), zul. geänd. durch VO vom 28.04.2015 (BGBl. I S. 670)
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274) zul. geänd. durch G vom 20.11.2014 (BGBl. I S. 1740)
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zul. geänd. durch VO vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474)
ImmSchKostVO M-V	Immissionsschutz-Kostenverordnung M-V vom 26.10.2010, zul. geänd. durch VO vom 20.09.2013 (GVOBl. M-V S. 555)
ImmSchZustLVO M-V	Immissionsschutz-Zuständigkeitslandesverordnung M-V vom 12.02.2015 (GVOBl. M-V 2015 S. 75)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zul. geänd. durch G vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474)
VwKostG M-V	Verwaltungskostengesetz M-V vom 04.10.1991 (GVOBl. M-V 1991 S. 366), zul. geänd. durch G vom 02.12.2009 (GVOBl. M-V 2009 S. 666, 671)

V. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin, schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift zu erklären.

